

Religion in der Schule

Herausgegeben von
A. KATARINA WEILERT
und PHILIPP W. HILDMANN

Religion und Aufklärung

28

Mohr Siebeck

Religion und Aufklärung

Band 28

herausgegeben von der
Forschungsstätte
der Evangelischen Studiengemeinschaft
Heidelberg



Religion in der Schule

Zwischen individuellem Freiheitsrecht
und staatlicher Neutralitätsverpflichtung

Herausgegeben von

A. Katarina Weilert
und Philipp W. Hildmann

Mohr Siebeck

A. Katarina Weilert, Studium der Rechtswissenschaft in Berlin und London (LL.M.), Rechtsreferendariat in Berlin; Promotion an der Freien Universität Berlin; derzeit wissenschaftliche Referentin an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg.
orcid.org/0000-0002-6143-5177

Philipp W. Hildmann, Studium der NDJ, Ev. Theologie und Mediävistik in Erlangen, Zürich und München; Promotion an der LMU München; derzeit Leiter Strategieentwicklung und Grundsatzfragen der Hanns-Seidel-Stiftung.
orcid.org/0000-0002-5685-1264

ISBN 978-3-16-155879-5 / eISBN 978-3-16-156154-2
DOI 10.1628/978-3-16-156154-2

ISSN 1436-2600 / eISSN 2569-4286 (Religion und Aufklärung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Am 11./12. November 2016 fand an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) ein Fachgespräch zur Thematik „Religion in der Schule. Zwischen individuellem Freiheitsrecht und staatlicher Neutralitätspflicht“ unter der Leitung von Dr. iur. A. Katarina Weilert (FEST) und Dr. phil. Philipp W. Hildmann (HSS) statt. Eingeladen waren Fachleute aus den Bereichen Rechtswissenschaft, Theologie, Islamwissenschaften, Pädagogik und Germanistik, um sich den vielfältigen Problemen zu nähern, die die religiöse Diversifizierung der Gesellschaft für das deutsche Schulsystem mit sich bringt. Es wurde kontrovers diskutiert und schnell zeigte sich, wie vielschichtig die zu lösenden Probleme gelagert sind. Persönlichkeits-erziehung und Integration sind die zu reflektierenden Grundaxiome einer staatlichen Schulpflicht, denn Wissensvermittlung allein ließe sich heute so einfach wie nie zuvor auch außerhalb des Klassenzimmers organisieren. Während in der jungen Bundesrepublik ein gemeinsames (kultur)christliches Bezugssystem und daraus abgeleitete ‚Werte‘ geradezu die Voraussetzung für eine gelingende Persönlichkeitserziehung und Integration bildeten, wird der Rekurs auf Religion in einer Landschaft weltanschaulicher und religiöser Pluralität heute vielfach als Störfaktor wahrgenommen, ohne diesen jedoch durch ein anderes, nicht zivil-religiös anmutendes Bezugssystem ersetzen zu können. Schule als Raum möglicher individueller Bindungen zu gestalten und gleichzeitig Elemente des Verbindenden zu identifizieren, ist deshalb eine der Zukunftsaufgaben, die vor uns liegt. Der nun vorliegende Band versammelt die aus den Tagungsbeiträgen hervorgegangenen Aufsätze. Er geht aber darüber hinaus und umfasst auch Artikel weiterer Autoren, die zum Teil bereits als Diskutanten am Fachgespräch teilgenommen hatten.

Die Tagung und die auf ihr beruhende Publikation hätten nicht stattfinden können ohne die Unterstützung vieler Personen. Zunächst geht ein Dank an alle Referenten, Diskutanten und Moderatoren der Tagung sowie insbesondere an die Autoren dieses Bandes, ohne deren Einsatz das Werk nicht hätte verwirklicht werden können. Anke Munro (FEST) hat zusammen mit Gudrun Klein (HSS) die Vor-Ort-Ausrichtung der Tagung organisiert sowie Satz

und Layout des vorliegenden Sammelbandes übernommen. Johannes Matzko hat die Tagungsdurchführung begleitet und auch bei der Erstellung des Bandes mitgewirkt. Kornelius Sücker hat sich um die intensive Arbeit an den Manuskripten verdient gemacht. Frau Prof. Dr. Ute Mager und Herr Prof. Dr. Ulrich Willems haben als Mitglieder des Kuratoriums der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft den Band positiv begutachtet und sein Erscheinen unterstützt.

Nicht zuletzt sei Henning Ziebritzki und Bettina Gade vom Verlag Mohr Siebeck für die sorgfältige Betreuung der Drucklegung gedankt.

Ein besonderer Dank geht darüber hinaus an die Institutionen, die das Fachgespräch und den Tagungsband finanziell ermöglicht haben, namentlich die HSS für ihren großzügigen Zuschuss an Mitteln und die FEST, ihrerseits gefördert durch die EKD, für die Vor-Ort-Ausrichtung der Tagung und Unterstützung des Publikationsprozesses.

Heidelberg/München
im Februar 2018

A. Katarina Weilert und
Philipp W. Hildmann

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	IX
<i>A. Katarina Weilert/Philipp W. Hildmann</i>	
Einleitung	1

I. Religion, religiöses Gewissen und Identität

<i>A. Katarina Weilert</i>	
Das religiöse Gewissen. Eine grundrechtsdomatische Reflexion und ihre Bedeutung für den schulischen Bereich	11
<i>Hendrik Stössel</i>	
Das religiöse Gewissen als Raum der Identität	39

II. Neutralitätspflicht des Staates an Schulen im Konflikt mit dem schulischen Auftrag zur Werteerziehung

<i>Jochen Rozek</i>	
Religiöse Kindererziehung an öffentlichen Schulen und Neutralitätspflicht des Staates in historischer Perspektive	59
<i>Jean-Marc Meyer/Johannes Matzko</i>	
Laizität in der Schule. Das französische Modell	79
<i>Wolf-Thorsten Saalfrank</i>	
Neutralität und Unterrichtsgestaltung	97
<i>Sabine Anselm/Reiner Anselm</i>	
Vom Sinn der Wertfreiheit in der Schule	123

Heinrich de Wall

Neutralität in der Schule.

Das Beispiel des Kopftuchs der Lehrerin 141

III. Staatliche Erziehung im Konflikt mit dem religiösen Erziehungsrecht der Eltern

Stefan Huster

Erziehungsauftrag des Staates und Erziehungsrecht

der Eltern im Konflikt 155

Matthias Jestaedt

Abschichten – eine tragfähige Alternative zum Abwägen?

Ein Kommentar zu den Thesen *Stefan Husters* 171

Guy Beaucamp

Homeschooling: Ist die ausnahmslose Durchsetzung

der Schulpflicht verfassungsgemäß? 183

IV. Religionsunterricht als Bildungsbeitrag im Rahmen des schulischen Erziehungsauftrags

Uwe Kai Jacobs

Religion in der öffentlichen Schule.

Was ist in Baden-Württemberg erlaubt? 199

Hans Mendl

Was bringt der Religionsunterricht denen, die ihn nicht besuchen?

Bildungstheoretische Argumente für die Präsenz von Religion

an öffentlichen Schulen 215

Tarek Badawia

Islamischer Unterricht in der pluralen Gesellschaft – Reflexionen

zum Umgang mit dem eigenen Wahrheitsanspruch im Islam 235

Die Autoren 253

Personenregister 255

Sachregister 261

Entscheidungsverzeichnis 267

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Auffassung
AA	bei Immanuel Kant: Stellenangabe nach der Akademie-Ausgabe von 1900ff.
Abl. Kultus und Unterricht	Amtsblatt des Kultusministeriums Baden-Württemberg
Abl. LK Württ.	Amtsblatt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
ALR	Allgemeines Preußisches Landrecht
Alt.	Alternative
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ApuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie – Beihefte
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
BayVBl	Bayrische Verwaltungsblätter
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BbgSchulG	Gesetz über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz)
BbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg
BerlSchulG	Schulgesetz für das Land Berlin
Beschl.	Beschluss
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Sammlung der Entscheidungen des BGH in Strafsachen
Bkk.	bei Aristoteles: Stellenangabe nach der Bekker-Ausgabe von 1831/37

BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BremSchulG	Bremisches Schulgesetz
BremV	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
bspw.	beispielsweise
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Neue Amtliche Sammlung der Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
CAA Paris	Cour Administrative d'Appel de Paris
CE	Conseil d'Etat
DBK	Deutsche Bischofskonferenz
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
durchges.	durchgesehen
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
erw.	erweitert
et al.	et alii
EuR	Europarecht
EvKiVBW	Evangelischer Kirchenvertrag Baden-Württemberg
Fn.	Fußnote
GBL BW	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GK	Große Kammer
GVBl. LK Baden	Gesetzes- und Ordnungsblatt der Evangelischen Landeskirche in Baden
HerKorr Spezial	Herder Korrespondenz Spezial
HessSchulG	Hessisches Schulgesetz
HessVerf	Verfassung des Landes Hessen
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof

HmbSchulG	Hamburgisches Schulgesetz
HmbSOG	Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Hamburg)
i.d.F.	in der Fassung
insbes.	insbesondere
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPO	Instrumentum Pacis Osnabrugensis (Osnabrücker Friedensvertrag von 1648)
IQB	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen
i.R.	im Ruhestand
IsrRelGVtr BW	Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JRP	Journal für Rechtspolitik
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KirchE	Entscheidungen in Kirchensachen
KM	Kultusministerium
KM BW	Kultusministerium Baden-Württemberg
KMK	Kultusministerkonferenz
KuR	Kirche und Recht
KuU BW	Kultus und Unterricht – Amtsblatt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
KV RhPf	Vertrag des Landes Rheinland-Pfalz mit den Evangelischen Landeskirchen in Rheinland-Pfalz
LK	Landeskirche
LS	Leitsatz
LT BW	Landtag von Baden-Württemberg
LT-Drs.	Landtag-Drucksache
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m. Nachw.	mit Nachweisen
NAB	Nichtannahmebeschluss
n. Chr.	nach Christus

NdsSOG	Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
NdsVerf	Niedersächsische Verfassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
n.F.	neue Folgen
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
NWVBl	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZ Fam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
ÖARR	Österreichisches Archiv für Recht und Religion
o.g.	oben genannt
OLG Brandenburg	Brandenburgisches Oberlandesgericht
OVG Berlin-Brandenburg	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
OVG Bremen	Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen
OVG Münster	Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen
PÄK	Pädagogische Korrespondenz
par	bei synoptischen Evangelien (Markus, Matthäus, Lukas): mit Parallelstelle bei einem der anderen Synoptiker
PolG NRW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
PR	Pädagogische Rundschau
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RUG LK Baden	Kirchliches Gesetz über den evangelischen Religionsunterricht in der Evangelischen Landeskirche in Baden
SaarSchulpflichtG	Gesetz über die Schulpflicht im Saarland
SächsSchulG	Schulgesetz für den Freistaat Sachsen
SächsVerf	Verfassung des Freistaates Sachsen
SchulG BW	Schulgesetz für Baden-Württemberg
SchulG LSA	Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
SchulG MV	Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern

SchulG NRW	Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
SchulG RP	Schulgesetz Rheinland-Pfalz
SchVw BW	Schulverwaltung Baden-Württemberg
sog.	sogenannte/r/s
SOG MV	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern
Sp.	Spalte
St.	bei Platon: Stellenangabe nach der Stephanus-Ausgabe von 1578
StGB	Strafgesetzbuch
SVerf	Verfassung des Saarlandes
ThürSchulG	Thüringer Schulgesetz
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen
überarb.	überarbeitet
Übers.	Übersetzer/in
Urt.	Urteil
u.a.	und andere; unter anderem
u.U.	unter Umständen
v.	von, vom
VBE Magazin	VBE Magazin – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Baden-Württemberg
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
v. Chr.	vor Christus
Verf BW	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
Verf LSA	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
VerfMV	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Verf NW	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
Verf RhPf	Verfassung für Rheinland-Pfalz
Verf SH	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VGH Mannheim	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg
VGH München	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VG Frankfurt	Verwaltungsgericht Frankfurt am Main
VG Münster	Verwaltungsgericht Münster
VG Osnabrück	Verwaltungsgericht Osnabrück
VV	Verwaltungsvorschrift

VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WRV	Weimarer Reichsverfassung
zahlr. Nachw.	zahlreiche Nachweise
z.B.	zum Beispiel
ZBV	Zeitschrift für Bildungsverwaltung
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZfPäd	Zeitschrift für Pädagogik
ZfR	Zeitschrift für Religionspädagogik
Ziff.	Ziffer
zit. n.	zitiert nach
ZP	Zusatzprotokoll

A. Katarina Weilert/Philipp W. Hildmann

Einleitung

Deutschland ist kein laizistischer Staat, aber geprägt von einem Neutralitätsverständnis, das auf der Grundlage der ‚religiösen Parität‘ fußt. Was staatliche Neutralität allerdings im Einzelnen bedeutet, ohne dass sie dabei in den Laizismus hinüber gleitet, ist sowohl in der Gesellschaft als auch unter Fachjuristen umstritten. Einer der zentralen Brennpunkte, an denen darauf bezogene Konflikte ausbrechen, ist die Schule. Nirgendwo kommt der Staat der Persönlichkeit des Einzelnen so nahe wie in der Schule. Wird Schule doch nicht nur als ein Ort der Bildung angesehen, sondern auch als ein Ort der Persönlichkeitserziehung und der Integration der heranwachsenden Generation in die Gesellschaft. In einer religiös zunehmend heterogenen Gesellschaft mit divergierenden Erziehungs- und Wertvorstellungen, die auf dem Grundpfeiler der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit des Einzelnen als zentraler Freiheitsnorm ruht, sind Konflikte zwischen dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag sowie Lehrer/innen, Schüler/innen und ihren Eltern unvermeidbar. Zwar sollen die Grundrechte, in ihrer Ursprungsfunktion als Abwehrrechte der Bürger gegen übergriffiges staatliches Handeln formuliert, dem Einzelnen einen Freiraum individueller Entwicklung ermöglichen. Da eine Gesellschaft aber mehr ist als nur die Summe ihrer Individuen, sind Grenzen dort notwendig, wo individuelles Verhalten dem Wohl anderer Menschen schadet oder einem notwendigen verbindenden gemeinschaftlichen Element im Wege steht. Daher gelten Grundrechte nicht unbeschränkt. Sie unterliegen schon dem Verfassungswortlaut nach unterschiedlich engen oder großzügigen Möglichkeiten ihrer Einschränkung durch den Staat zugunsten anderer und der Gesellschaft. Die in Art. 4 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes (GG) verbürgte Religionsfreiheit ist dabei so zentral, dass sie nach überwiegender Rechtsansicht nur durch verfassungsimmanente Schranken begrenzt ist.

Im Rahmen der Schule finden mit der Bestimmung der Unterrichtsinhalte durch den Staat (die auf die Persönlichkeitsentwicklung zielen) und der Anwesenheitspflicht der Schüler/innen (Unausweichlichkeit) Beschränkungen der Freiheiten sowohl der betroffenen Schüler/innen als auch ihrer erziehungsberechtigten Eltern(teile) statt. Gute Gründe werden zur Rechtfertigung dieser Freiheitsbeschränkungen herangezogen: Bildung für alle,

Chancengleichheit und – mit zunehmender Bedeutung – die Integration der Kinder und Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft. Parallelgesellschaften sollen vermieden und einer Indoktrination durch Eltern soll vorgebeugt werden. Der Staat intendiert damit zweierlei: Zunächst will er es allen Kindern unabhängig von ihrem Elternhaus ermöglichen, eine solide Bildung als Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung zu erlangen. Andererseits will er verhindern, dass Kindern diese Bildung durch ihre Eltern vorenthalten wird und dass Kinder in einer Weise erzogen werden und aufwachsen, die mit einer Integration in die Gesellschaft unvereinbar ist. Doch besteht auch bei ‚legitimen Gründen‘ die Möglichkeit von übergreifendem Staatshandeln.

In diesem Kontext ‚Schule‘ treffen nämlich verschiedene Pole aufeinander (‚multipolares Grundrechtsverhältnis‘), die allesamt Bedeutung für die Religionsfreiheit des Einzelnen entfalten: Erstens die Religionsfreiheit der Schüler/innen (Art. 4 Abs. 1 und Abs. 2 GG), zweitens das (auch religiös-weltanschauliche Fragen betreffende) Erziehungsrecht der Eltern (Art. 6 Abs. 1 GG), drittens der Erziehungsauftrag des Staates (nach Art. 7 Abs. 1 GG) sowie viertens die Religionsfreiheit der einzelnen Lehrer (Art. 4 Abs. 1 und Abs. 2 GG). Konkret können zum einen die Religionsfreiheit des Kindes und das religiöse Erziehungsrecht der Eltern mit Unterrichtsinhalten bzw. Unterrichtsfächern kollidieren. Zum anderen kann die Religionsfreiheit von Lehrer/innen, die in der Schule zugleich als Amtsträger/innen (Repräsentant/innen des Staates) und Grundrechtsträger/innen agieren, mit der Religionsfreiheit von Schüler/innen in Konflikt treten (Beispiel: Kopftuch einer Lehrerin). Schüler/innen können aufgrund der Schulpflicht weltanschaulich-tendenziös und religiös relevanten Unterrichtseinheiten und Symbolen nicht ausweichen, so dass der Bestimmung der Neutralitätspflicht des Staates eine zentrale Bedeutung zukommt. Dies gilt umso mehr, als die schulische Situation durch die Vorbildfunktion der Lehrer/innen sowie die besondere Formbarkeit der noch minderjährigen Schüler/innen gekennzeichnet ist – eine ideale Voraussetzung für die Integration der heranwachsenden Generation und zugleich ein Nährboden für die Konflikte mit elterlichen Erziehungsrechten. Zudem steht die Frage im Raum, in was für eine Gesellschaft die Schüler/innen integriert werden sollen? Die Neutralitätspflicht gibt darauf nur eine unzureichende Antwort. Historisch gesehen ist die deutsche Gesellschaft in besonderer Weise durch das Christentum und die Aufklärung geformt worden. Welche Bedeutung hat dieses Fundament in Zeiten einer zunehmenden kulturellen und religiösen Ausdifferenzierung? Kann eine Gesellschaft ohne geteilte Grundüberzeugungen integrationsstiftend sein? Der vorliegende Band setzt hier an und widmet sich den einzelnen Diskussionsfeldern, in denen das Verhältnis zwischen individueller Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie dem staatlichen Interesse an Bildung, Erziehung und

Integration durch Schule zum Tragen kommt und gleichsam stellvertretend für die Gesellschaft insgesamt verhandelt wird.

In einem ersten Abschnitt wird Raum für Reflexionen zum religiösen Gewissen und seiner Beziehung zur Identität des Individuums gegeben. Religions- und Gewissensfreiheit sind beide in Art. 4 Abs. 1 GG verbürgt, doch ist ihr Verhältnis zueinander noch nicht abschließend geklärt. *A. Katarina Weilert* analysiert aus juristischer Perspektive das (religiöse) Gewissen im Konflikt mit der staatlichen Schule im Rahmen von Art. 4 Abs. 1 GG. Ausgehend von der historischen Entwicklung der Gewissensfreiheit als Kern der Religionsfreiheit zeigt sie auf, dass Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit heute zwei unterschiedliche Grundrechte sind. Im Fall der religiösen Gewissensentscheidung gebe es jedoch weitreichende Überschneidungen, die in der juristischen Dogmatik unterschiedlich eingeordnet werden. Eine ‚echte‘ Gewissensentscheidung genieße auch in der Schule grundsätzlich Vorrang vor dem Interesse an gesellschaftlicher Integration. Der evangelische Theologe und Jurist *Hendrik Stössel* führt in die abendländische Gewissensidee ein. Das Gewissen sei konstitutives Merkmal menschlicher Personalität und damit Teil der menschlichen Identität. Merkmal des Gewissens – und hieraus abgeleiteter Entscheidungen – sei aber nicht seine Unfehlbarkeit, sondern seine auf Kommunikation angelegte „Plausibilität im Sinne innerer Stimmigkeit“. Christlich-anthropologisch sei das religiös begründete Gewissen „Ausdruck und Folge der Beziehung zu Jesus Christus“ und damit Voraussetzung der Erkenntnis des Richtigen.

In seinem zweiten Abschnitt widmet sich der Band der Neutralitätspflicht und fragt, was diese für die Ausgestaltung des Unterrichts an staatlichen Schulen bedeutet und insbesondere, ob sie mit dem schulischen Auftrag zur ‚Werteerziehung‘ konfligiert. Hier werden zunächst von *Jochen Rozek* in juristisch-historischer Perspektive die religiöse Kindererziehung an öffentlichen Schulen und die Neutralitätspflicht des Staates reflektiert. Rozek zeigt, dass die heutige Schulaufsicht sowie der Bildungs- und Erziehungsauftrag des Staates das Ergebnis eines im späten 18. Jahrhundert beginnenden und im 19. Jahrhundert intensiv voranschreitenden Säkularisierungsprozesses sind. So stellte beispielsweise die revidierte Preußische Verfassung von 1850 nicht nur die öffentlichen, sondern auch private Unterrichts- und Erziehungsanstalten unter die Aufsicht des Staates. Das Schulwesen sei im Bismarckschen Kulturkampf zum Schauplatz zwischen kirchlichem und staatlichem Machtanspruch geworden. Mit der Weimarer Reichsverfassung wurde dann die ursprünglich kirchliche Schulaufsicht endgültig beendet. Aus der allgemeinen Schulpflicht wurde eine Schulbesuchspflicht. Auch um den noch heute gültigen Art. 7 GG, den einzigen ‚Schulartikel‘ des Grundgesetzes, wurde im Parlamentarischen Rat heftig gerungen, mit teils großen Parallelen zu den Diskussionen des ‚Weimarer Schulkompromis-

ses⁴. Dieser Artikel stehe in Spannung und Wechselwirkung zum verfassungsrechtlichen Elternrecht nach Art. 6 Abs. 2 und 3 GG.

Dass fehlende christliche Grundkenntnisse auch zu Defiziten der kulturellen Bildung führen, wird am Modell der französischen Laizität deutlich, das von *Jean-Marc Meyer* und *Johannes Matzko* in seinen Grundzügen ausgeführt wird. Die Autoren stellen den spezifischen historischen Kontext dar, in dem sich die Laizitäts-Idee in Frankreich entwickelte. Letztlich gehe die radikale Trennung von Staat und Religion auf die Konflikte des Staates mit der von vielen als zu einflussreich und mächtig betrachteten katholischen Kirche zurück. Neuen Aufschwung habe die Laizität durch eine zunehmende Sichtbarkeit des Islam, vor allem durch die Diskussion um das Kopftuch bei Schülerinnen, erhalten. Die durch mangelnde schulische Aufklärung begünstigte Unkenntnis der Schüler/innen in religiösen Dingen führe zu Defiziten im Rahmen der Schulbildung, aber auch im gesellschaftlichen Umgang etwa mit islamistischen Anschlägen, wie sie auch in Frankreich stattgefunden haben. Schließlich wird die besondere Situation im Elsass und in der Mosel gewürdigt.

Laizität und Neutralität werden in diesem Band als unterschiedliche Konzepte herausgearbeitet – eine Selbstverständlichkeit, die aber in der öffentlichen Debatte mitunter verschleiert wird. Inwieweit kann nun das deutsche Neutralitätsmodell, das gerade kein laizistisches ist, die Diskrepanz zwischen der Vermittlung verbindender Überzeugungen einerseits und Glaubens-, Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit andererseits bewältigen? Was bedeuten die juristischen Rahmenbedingungen konkret für die Unterrichtskonzepte an Schulen? Aus erziehungswissenschaftlicher Sicht thematisiert *Wolf-Thorsten Saalfrank*, in welchem Maße die persönlichen Einstellungen des Lehrers Einfluss auf das Gelehrte haben können und warum wertebasierte Unterrichtsinhalte unumgänglich sind. Indem die Rahmenpläne heute vor allem Kompetenzentwicklungen der Schüler/innen anstreben und vielfach die konkrete Stoffauswahl der Schule bzw. dem Lehrpersonal überlassen, liege ein bewusstes Einfallstor für persönliche Wertungen der Lehrer/innen vor. *Sabine* und *Reiner Anselm* plädieren aus pädagogischer und theologischer Sicht für eine wertorientierte schulische Erziehung. Die Schule müsse die Hintergrundüberzeugungen vermitteln, auf denen eine liberal-demokratische Gesellschaft ruhe. Dies gelte umso mehr, als die Prägestkraft der christlichen Religion, die hierfür ein Fundament sei, zurückgehe. Für die Demokratieerziehung sei auch die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertüberzeugungen in der Schule ein wichtiges Lernfeld. Schließlich wird in einem weiteren und letzten Beitrag des Abschnitts aus der Feder des Juristen *Heinrich de Wall* der umstrittene Fall des Kopftuchs der Lehrerin näher daraufhin untersucht, inwieweit durch die Inanspruchnahme individueller Glaubens- und Bekenntnisfreiheit einer Amtsträgerin

die Neutralität der Schule angetastet wird. Sowohl die allgemeine kulturpolitische Debatte als auch die verfassungsrechtliche Diskussion um das Kopftuch gehen seiner Ansicht nach von Annahmen aus, die begründungsbedürftig seien – etwa dass das Kopftuchtragen als Religionsausübung grundrechtlich geschützt sei, dass ein Kopftuchverbot auch bei beamteten Lehrkräften einen Grundrechtseingriff darstelle, dass es zu seiner Rechtfertigung einer gesetzlichen Grundlage bedürfe und dass dabei der Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates eine Rolle spiele. Insbesondere geht er in seinen Ausführungen auf den Wandel ein, der im Verständnis des Inhalts und der Normativität des Neutralitätsgrundsatzes zwischen den beiden grundlegenden Kopftuchentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 2003 und 2015 eingetreten ist. Im Ergebnis hält er trotz aufgezeigter Schwierigkeiten die Argumentation der zweiten Kopftuch-Entscheidung für überzeugender.

In einem dritten Abschnitt reflektiert der Band den Konflikt der staatlichen Erziehung mit dem religiösen Erziehungsrecht der Eltern. Da die öffentliche Schule faktisch auch ein Ort staatlicher Gewissens- und Identitätsbildung ist, wollen manche Eltern ihre Kinder nicht an bestimmten Unterrichtsinhalten teilhaben lassen oder sogar ganz aus der Schule fernhalten. Zwei juristische Beiträge analysieren die jüngere Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Abwägung zwischen staatlichem Bildungs- und Erziehungsauftrag und elterlichem (religiösem) Erziehungsrecht bzw. der Religionsfreiheit der betroffenen Schüler/innen. Unterschiedlich bewertet wird, ob eine praktische Konkordanz der beiden gegenläufigen Interessen erst dann in Anschlag zu bringen ist, wenn der Unterricht sich nicht mehr ‚neutral‘ begründen lässt, oder ob das elterliche religiöse Erziehungsrecht bereits dann ‚betroffen‘ ist, wenn Unterrichtsinhalte trotz Begründungsneutralität eine (subjektiv) nicht-neutrale Wirkung entfalten. Der Jurist *Stefan Huster* versteht die Rechtsprechung in den Urteilen „Burkini“ und „Krabat“ des Bundesverwaltungsgerichts als zu begrüßende Abkehr vom Gleichordnungsmodell staatlicher und elterlicher Erziehung hin zum Abschichtungsmodell. Die Erziehungskompetenzen seien sachbereichsspezifisch aufzuteilen. Solange der Unterricht begründungsneutral (nicht jedoch notwendigerweise auch wirkungsneutral) gestaltet werde, könne kein Eingriff in das Elternrecht vorliegen, so dass es keiner Abwägung bedürfe. Der Jurist *Matthias Jestaedt* begegnet dem mit der These, dass die Schwächen des Abwägungsmodells nicht zu seiner Verwerfung führen sollten, sondern dass dieses vielmehr durch rationalitätssichernde Strukturen zu verbessern sei. Staatliche Neutralität sei „allenfalls“ eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Eingriffsrechtfertigungsvoraussetzung. Es müsse überdies bereits eine gewisse Abwägungsleistung erbracht werden, um den Bereich der Neutralität zu bestimmen. Der Jurist *Guy Beaucamp* erörtert im Anschluss die breitere Debatte um das Home-

schooling, das in Deutschland, im Gegensatz etwa zu Österreich und den USA, verboten ist. Er untersucht die gängigen rechtlichen und politischen Argumente, die für das Verbot eines Homeschooling in Deutschland vorgebracht werden, und argumentiert, dass diese nicht stichhaltig genug seien, um das vollständige Verbot zu rechtfertigen. Die zwangsweise Durchsetzung der Schulpflicht sei überdies dann unverhältnismäßig, wenn ein ernsthafter Hausunterricht zu erwarten ist, der auch vom betroffenen Kind gewünscht wird.

Der Band, der vor allem diejenigen religionsrelevanten schulischen Situationen im Fokus hat, die im verbindlichen und verpflichtenden Schulunterricht auftreten, will den Religionsunterricht gleichwohl nicht ausklammern. Ist dieser doch gerade Ausdruck jener kooperierenden Haltung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, die für Deutschland prägend ist. Im vierten und letzten Abschnitt wird daher der Religionsunterricht als Bildungsbeitrag im Rahmen des schulischen Erziehungsauftrags diskutiert. Mit zunehmender Pluralisierung der Gesellschaft sieht sich der Religionsunterricht immer mehr Fragen ausgesetzt, die nach einer Plausibilisierung eines bekenntnisgebundenen Unterrichts an der Schule drängen. Es zeigt sich, dass gerade der Religionsunterricht ein wichtiger Baustein sein kann, um Vielfalt an der Schule zu leben und der Begründung einer öffentlich gelehrten und für alle Schüler/innen verpflichtenden ‚Staatsethik‘ vorzubeugen.

Kirchenoberrechtsdirektor *Uwe Kai Jacobs* führt aus, inwiefern religionsbezogene Angebote Raum in den Schulen Baden-Württembergs haben. Er hält es für zentral, dass der religiöse Diskurs, der zwischen Staat und Religionsgemeinschaften stattfindet, auch an der Schule seinen Ort hat. Nur auf diese Weise könne einer einseitigen Vereinnahmung durch eine vermeintlich objektive ‚civil religion‘ vorgebeugt werden. Zwar kann das Land Baden Württemberg aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern nicht als ein exemplarisches Land für alle anderen stehen, aber es wird gerade durch die Betrachtung eines Beispielfalles gezeigt, wie sehr historische und kulturelle Traditionen im Kontext der Schule Bedeutung entfalten und nicht einfach übergangen werden dürfen. Im Zuge der Gleichbehandlung aller Religionen ist also Vorsicht geboten, wenn hierdurch kulturelle Wurzeln abgeschnitten werden und an Fundamenten gerüttelt wird, auf denen unsere Gesellschaft ruht. Der katholische Religionspädagoge *Hans Mendl* spannt den Bogen weiter für das ganze Bundesgebiet und fragt „Was bringt der Religionsunterricht denen, die ihn nicht besuchen?“ Seiner Ansicht nach ist ein Blick in die Geschichte hilfreich, um das Beziehungsgefüge zwischen Religion und öffentlicher Schule in Deutschland verstehen zu können. Bis in die Neuzeit hinein sei die Kirche der wichtigste Bildungsträger gewesen, erst seit der Einführung eines öffentlichen Schulwesens liege die Bildung primär in der Verantwortung des

Staates. Heute kooperiere die öffentliche und weltanschaulich neutrale Schule auf vielen Ebenen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen. Auch die Kirchen beteiligten sich am Bildungsauftrag der Schule, vor allem über den Religionsunterricht. Dessen Bedeutung, so die These des Beitrags, reiche heute weit über das Fach hinaus: Der Religionsunterricht erschließe die Wurzeln der christlich-abendländischen Kultur, trage zur Lebensbewältigung bei, sichere Menschlichkeit im Lebensraum Schule und fördere die Reflexion von Religion selbst. Von ihm würden also alle Beteiligten am Handlungsort Schule profitieren, nicht nur diejenigen, die das Fach besuchten.

Der Aspekt der Reflexion oder sogar ‚Zivilisierung‘ von Religion ist eines der Kernargumente, das für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in die Waagschale geworfen wird. Es ist allerdings nur auf den ersten Blick plausibel. Sollte das Argument nämlich bedeuten, dass der Staat religiöse Glaubenswahrheiten überprüfen solle, lässt es sich mit der grundgesetzlichen Glaubensfreiheit nicht in Einklang bringen. Der Staat darf nicht versuchen, auf religionsspezifische Wahrheitsansprüche Zugriff zu nehmen. Lediglich die Verfassungsmäßigkeit des Religionsunterrichts darf der Staat einfordern. Nach dem Beitrag des islamischen Religionspädagogen *Tarek Badawia* bewirke ein islamischer Religionsunterricht mehr Aufklärung und Kritikfähigkeit gegenüber stark vereinfachenden oder fundamentalistischen islamischen Strömungen, könne darüber hinaus verbindende ethische Überzeugungen stark machen und auf diese Weise einen Baustein zur gegenseitigen Akzeptanz in einer religiös diversen Gesellschaft beitragen. Diese Überlegungen bilden einen guten Ausgangspunkt für die Diskussion einer Reihe von weiteren komplexen Fragen, die allerdings den Rahmen des Bandes sprengen würden: Sie resultieren aus der Tatsache, dass unsere Gesellschaft kulturhistorisch auf christlichen Wurzeln und philosophischen Fundamenten der Aufklärung ruht, die in Teilen einem traditionellen islamischen Gesellschaftsverständnis zuwiderlaufen. *Badawia* vertritt einen aufgeklärten Islam, der zur Akzeptanz der westlichen Gesellschaftsordnung aufruft. Da sein Islamverständnis allerdings nicht stellvertretend für alle islamischen Strömungen und Ansichten in Deutschland stehen kann, bleibt die Frage offen, wie sichergestellt werden kann, dass die Lehrinhalte eines islamischen Bekenntnisunterrichts in der Praxis tatsächlich nicht mit den Erziehungszielen der Schule konfliktieren, sondern im besten Falle sogar pluralitätskompetenzfördernd sind. Zentral wäre für eine gelingende Integration danach zu fragen, wie in einem solchen Islamunterricht das Christentum und die westlich-demokratische Gesellschaft dargestellt werden. Auch kollidiert die von *Badawia* eingeforderte Kritikfähigkeit mit einem traditionellen Koranunterricht, der im Kern auf Auswendiglernen und unreflektierte Wiedergabe von Inhalten gerichtet ist. Wie kann also sichergestellt werden, dass auch ein be-

kenntnisorientierter Islamunterricht nicht jener Parallelgesellschaft Vorschub leistet, die er vermeiden möchte? Konkret gefasst: Würde eine islamische Religionslehrerin mit Kopftuch nicht symbolisieren, dass auch die von ihr unterwiesenen Mädchen sich entsprechend zu kleiden hätten? Und wenn die Unterrichtsinhalte demokratie- und reflexionsfördernd gestaltet werden, wenn gar eine muslimische Lehrerin ohne Kopftuch auftritt: Wer garantiert, dass ein solcher Unterricht noch dem Selbstverständnis konservativer islamischer Familien entspricht, die ihrem Kind die Teilnahme erlauben und es nicht stattdessen lieber im Koranunterricht unterweisen lassen? Hier zeigt sich noch ein weites Feld an offenen Problemen, die über die Frage der Anerkennung islamischer Vereinigungen als Religionsgemeinschaft im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG hinausgehen. Bei der Bearbeitung dieses Feldes werden auch historische Erfahrungen, theologische Diskussionen und juristische Herausforderungen von Bedeutung sein, die sich aus der spannungsreichen Geschichte der Beziehung zwischen Staat und sich voneinander abgrenzenden christlichen Konfessionen ergeben haben. Bei aller Unterschiedlichkeit ihrer historischen und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen können daher in diesem Band von den einzelnen Autor/innen erarbeitete Einsichten und Positionen hier und für weitere Pluralitätserfahrungen der Zukunft relevant werden.

In seiner interdisziplinären Breite versteht sich der vorliegende Band als Beitrag dazu, Grundfragen in dem aufgezeigten Spannungsfeld sichtbar zu machen, aber auch Impulse zu geben, wie Antworten gefunden und Konflikte vermieden werden können, um ein friedliches Schulumfeld und einen stärkeren Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern.

I. Religion, religiöses Gewissen und Identität

Die Autoren

Reiner Anselm ist habilitierter Theologe und Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Sabine Anselm ist studierte Theologin, Altphilologin und Germanistin, apl. Professorin für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur und Leiterin der Forschungsstelle „Werteerziehung & Lehrerbildung“ der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Tarek Badawia ist promovierter Erziehungswissenschaftler und Professor für Islamisch-Religiöse Studien mit Schwerpunkt Religionspädagogik/Religionslehre am Department für Islamisch-Religiöse Studien der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Guy Beaucamp ist habilitierter Jurist und Professor an der Fakultät Wirtschaft und Soziales der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

Heinrich de Wall ist habilitierter Jurist und Inhaber des Lehrstuhls für Kirchenrecht, Staats- und Verwaltungsrecht am Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Philipp W. Hildmann ist promovierter Literaturwissenschaftler und Leiter Strategieentwicklung und Grundsatzfragen bei der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Stefan Huster ist habilitierter Jurist und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht und Rechtsphilosophie an der Ruhr-Universität Bochum.

Uwe Kai Jacobs ist Kirchenjurist in Karlsruhe und lehrt als Honorarprofessor Kirchenrecht an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz sowie am Predigerseminar (Heidelberg) der Evangelischen Landeskirche in Baden. Er war Lehrbeauftragter für Kirchliches Arbeitsrecht an der Evangelischen Hochschule Freiburg und kooptiertes Mitglied eines Graduiertenkollegs am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz.

Matthias Jestaedt ist habilitierter Jurist und Direktor der Abteilung Rechtstheorie des Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Johannes Matzko ist Student der Rechtswissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Hans Mendl ist promovierter Theologe und Inhaber des Lehrstuhls für Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts der Universität Passau.

Jean-Marc Meyer ist Pfarrer in Straßburg und Inhaber des Amts für Religionsunterricht und Gemeindepädagogik bei der Union des Églises protestantes d'Alsace et de Lorraine.

Jochen Rozek ist habilitierter Jurist und Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Verfassungsgeschichte und Staatskirchenrecht der Universität Leipzig.

Wolf-Thorsten Saalfrank ist promovierter Erziehungswissenschaftler und am Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e.V. in Bensheim tätig.

Hendrik Stössel ist Rechtswissenschaftler und promovierter Theologe und arbeitet als Pfarrer und theologischer Referent der Evangelischen Landeskirche in Baden an der Europäischen Melancthon-Akademie Bretten.

A. Katarina Weilert ist promovierte Juristin und arbeitet als wissenschaftliche Referentin im Arbeitsbereich Religion, Recht und Kultur an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg.

Personenregister

Die kursiv gesetzten Seitenzahlen verweisen auf Fußnoten.

- Abraham 246
Achilles, Harald 184*f*, 189*f*.
al-Albānī, Muhammad Nāsir ad-Dīn 236
Almeida, Dimitri 88, 92*f*.
al-ʿĀmirī, Abu al Hasan Muḥammad 246–248
Amir-Moazami, Shirin 83, 86*f*.
Amirpur, Katajun 248
Anschütz, Gerhard 66
Anselm, Reiner 208
Anselm, Sabine 208
Antigone 47
Aristoteles 47–49, 51
Asad, Muhammad 241
Aschersleben, Karl 108
Avenarius, Hermann 18, 103, 184–186, 192

Bach, Tamara 132
Bäcker, Johanna 220, 232
Badawia, Tarek 249
Badura, Peter 64*f*., 67, 70–72
Ballauff, Theodor 108
Baubérot, Jean 79*f*., 87
Bauer, Thomas 246
Baumert, Jürgen 227, 228
Beaucamp, Guy 19, 189, 193
Beck, Ulrich 128
Becker, Jurek 102
Behr, Harry Harun 238*f*.
Benner, Dieter 114
Benner, Dietrich 222, 230
Berg, Wilfried 173
Berghahn, Sabine 142
Bismarck, Otto von 3, 62
Boban, Ines 117
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 13*f*., 18, 21, 21, 23, 27, 29, 30, 131, 135, 156*f*., 231
Böll, Heinrich 52
Bollnow, Otto Friedrich 115
Bönsch, Manfred 112
Börne, Ludwig 102
Borowski, Martin 13*f*., 24, 24*f*., 30
Bosse, Wolfgang 202
Bothe, Michael 156
Boysen, Sigrid 183–186, 189
Brezinka, Wolfgang 113
Briand, Aristide 81
Bronfenbrenner, Urie 100
Brophy, Jere 106
Brosius-Gersdorf, Ernst-Wolfgang 18*f*., 183*f*., 187–190, 192, 194
Browning, Donald S. 40
Brozio, Peter 115
Buber, Martin 115
Buisson, Ferdinand 81
Bussmann, Kai-Detlef 131

von Campenhausen, Axel 201*f*.
Carrier, Peter 111
Chirac, Jacques 85

- Cicero, Marcus Tullius 44, 44, 51
 von Coelln, Christian 190
 Coester-Waltjen, Dagmar 188–190
 Cottin, Jérôme 92
- Dammer, Karl-Heinz 115
 Debray, Régis 90
 Debré, Jean-Louis 86, 87
 Dietzel, Stefan 124
 Dikow, Joachim 219
 Dingel, Irene 52
 Dittmann, Armin 156
 von Doemming, Klaus-Berto 64
 Dörpinghaus, Andreas 113
- Ebeling, Gerhard 43, 53
 Ebers, Godehard Josef 14
 Eckstein, Hans-Joachim 42f.
 Epping, Volker 16f.
 Erikson, Erik 11, 40
 Erlinghagen, Karl 219
 Estivalèzes, Mirelle 91
 Evers, Hans-Ulrich 156
- Faber, Klaus 103
 Fechtner, Kristian 204, 226
 Fees, Konrad 19
 Felsch, Philipp 125
 Fend, Helmut 100–102, 108
 Ferry, Jules 81f.
 Filmer, Fridtjof 12
 Flach, Werner 51
 Floc'h, Benoît 88
 Fourrest, Carole 80, 80
 Freud, Sigmund 48
 Friedmann, Jan 111
 Friesecke, Gisela 18
 Frisch, Michael 71, 206
 Fuchs, Eckhardt 111
 Fußlein, Rudolf Werner 64
- Gagné, Robert 106
 Ganz, Sarah 84–88
- al-Ğauziya, Ibn Qaiyim 240
 Geißler, Erich 114
 Germann, Michael 17, 24, 30
 Gerst, Hans 219
 Giese, Friedrich 14
 Giesecke, Hermann 114
 Glotz, Peter 103
 von Goethe, Johann Wolfgang 165, 226
 Gorschenek, Günter 125
 Grümme, Bernhard 230
 Gruschka, Andreas 111
 Guardini, Romano 115
 Guckelberger, Annette 18
 Gutzkow, Karl 102
- Häberle, Peter 103
 Habermas, Jürgen 125, 129f., 136
 Handschell, Tobias 187–194
 Hanschmann, Felix 184, 187f., 191, 194
 Hanselmann, Johannes 219
 Harbeck-Pingel, Bernd 51
 Hartmann, Nicolai 20
 Hattie, John 116f.
 Heckel, Johannes 51f.
 Heckel, Martin 71
 Heine, Heinrich 102
 Heinig, Hans Michael 167, 180, 204f.
 Heinz, Karl 188–191
 Helmke, Andreas 105f., 107
 von Hentig, Hartmut 114
 Herbart, Johann Friedrich 113f.
 Herdegen, Matthias 176
 Herzog, Roman 30
 Heym, Stefan 102
 Hinz, Andreas 117
 Hiob 42, 226
 Hitler, Adolf 111
 Hoeres, Peter 125
 Hoffmann-Riem, Wolfgang 173
 Höfling, Wolfram 173
 Holfelder, Wilhelm 202

- Hollande, François 89
 Holzberger, Doris 242
 Honecker, Martin 53
 Huber, Ernst Rudolf 63
 Huber, Peter M. 156
 Huber, Wolfgang 39
 Hufen, Friedhelm 200
 Huster, Stefan 30, 127f., 136,
 155, 157, 162, 164, 168, 171–
 173, 175–178, 180, 185f., 188f.
- Ibn Manzūr, Muḥammad 245
- Jacobs, Uwe Kai 74, 137, 199,
 201, 209
 James, William 40, 40
 Janisch, Wolfgang 199
 Jank, Werner 112
 Jarass, Hans D. 66, 73f., 185,
 188–190
 Jellinek, Georg 29
 Jestaedt, Matthias 63–67, 72, 74f.,
 155f., 160, 171, 173f., 180
 Jesus Christus 3, 42, 46, 52–54
 Johnson, Uwe 132
 Jüngel, Eberhard 126, 126
- Kant, Immanuel 14, 44, 51, 167
 Kaps, Bettina 88
 Kästner, Karl-Hermann 15–17,
 24, 25, 27f., 27, 30
 Kaufmann, Thomas 124
 Kiefer, Michael 236
 Kiel, Ewald 99, 106, 107, 108,
 111f.
 Kirchhof, Paul 203, 208
 Kittsteiner, Heinz Dieter 39, 41
 Klafki, Wolfgang 108f.
 Kleesmann, Michael 40
 Kloepfer, Michael 173
 Kluge, Norbert 115
 Kohl, Helmut 125
 Köhler, Denis 39
 Kokott, Juliane 16f., 30
- Korioth, Stefan 203
 Korte, Karl-Rudolf 125
 Korteweg, Anna C. 83f., 86, 142
 Kracht, Christian 132
 Krämer, Gudrun 235
 Krampen-Lietzke, Sabine 172
 Krell, Leo 217
 Kretschmann, Winfried 201,
 201f.
 Kretschmer, Horst 112
 Kron, Friedrich W. 109, 115
 Küng, Hans 46
 Kunze, Reiner 102
 Kurtz, Jürgen 110
 Kuschel, Karl-Josef 46
- Ladenthin, Volker 127
 Ladeur, Karl-Heinz 28
 Lambert, Johannes 207
 Landé, Walter 63f.
 Lang, Jack 90
 Langenfeld, Christine 164, 169,
 210
 Lanzerath, Sonja 199
 Lecheler, Helmut 62f., 68
 Lemonnier, Marie 79
 Leschinsky, Achim 210
 Lichtenstein, Michael 41f.
 Liedtke, Max 217
 Liehr, Günther 88
 Lind, Georg 112
 Link, Christoph 62, 64, 71, 73–75
 Loschelder, Wolfgang 18f., 67,
 73, 75
 Lotze, Rudolf Hermann 19
 Ludin, Fereshta 143f., 146
 Luhmann, Niklas 11, 23, 101, 135
 Luther, Martin 39, 40, 50–53
- Mager, Ute 11, 13, 15–17, 24, 29,
 30f.
 Maier, Joachim 217
 Marauhn, Thilo 194
 Marcus Aurelius Antoninus 44

- Marx, Richard 105
 Matz, Werner 64
 Mayer, Beat 102
 Mendl, Hans 216f., 220–223, 229
 El-Menouar, Yasemin 247
 Messinger, Torben 111
 Meyer, Hilbert 112
 Meyer, Jean-Marc 92
 Michael, Lothar 188, 190
 Möllers, Christoph 175
 Moos, Thorsten 16
 Morlok, Martin 11, 13, 16f., 27,
 28f., 29, 167, 174, 188, 190
 Muckel, Stefan 16, 27, 30, 167,
 175
 Mückl, Stefan 16, 23f., 25, 28,
 29, 31, 72, 74f.

 Napoléon Bonaparte 81, 92, 93
 Naurath, Elisabeth 97
 Nida-Rümelin, Julian 105
 Niehues, Norbert 184–186, 188f.,
 191, 194
 Nietzsche, Friedrich 48, 123
 Nikolaus, Wolfgang 44
 Nohl, Herman 115, 118
 Nothaft, Peter 223
 Notker Teutonicus 44
 Nowak, Kurt 124

 Otto, Berthold 118

 Palm, Ulrich 18, 22, 26
 Paul, Eugen 116
 Pauli, Christine 106f.
 Paulus 42f.
 Pestalozza, Christian 103, 104
 Petrus 47
 Pirson, Dietrich 207
 Platon 47–49
 Poenitsch, Andreas 113
 Pottmeyer, Maria 142
 Preuß, Ulrich 17
 Preußler, Otfried 127, 165

 Rademacher, Stephan 128
 Rebehn, Sven 199
 Reimer, Franz 183f., 187–190, 193f.
 Reip, Stefan 202
 Rekus, Jürgen 127
 Renz, Andreas 238
 Reusser, Kurt 106f.
 Reuter, Astrid 21
 Rixen, Stephan 17, 24, 25
 Robbers, Gerhard 74
 Rohe, Mathias 142, 235, 236
 Rokeach, Milton 112f.
 Rostock, Petra 142
 Roth, Michael 51
 Rux, Johannes 184–186, 188f.,
 191, 194

 Saalfrank, Wolf-Thorsten 100, 114
 Sachs, Michael 190
 Schaede, Stephan 16, 50
 Schattleitner, Christoph 97
 Scheler, Max 19
 Schelz, Sepp 126
 Schlaich, Klaus 199, 211
 Schlink, Bernhard 132
 Schlögel, Herbert 51
 Schmid, Hansjörg 237f., 240
 Schmidt, Helmut 125
 Schmidt-Aßmann, Eberhard 12,
 17, 19, 22, 26f., 51, 176
 Schmitt, Carl 20, 21, 126
 Schmitt-Kammler 162, 172
 Scholl, Daniel 101
 Schönlein, Peter W. 43f.
 Schröder, Bernd 81–83, 89–92
 Schröder, Richard 49
 Schulten, Markus 200
 Schütz, Ludwig 50
 Schwaetzer, Irmgard 137
 Schwartz, Thomas 50
 Schweizer, Claudia 39
 Schweitzer, Friedrich 244
 Schwienhorst-Schönberger, Ludger
 229

- Sedláček, Tomáš 129
 Seneca, Lucius Annaeus 44f.
 Simon, Werner 206
 Slenczka, Notker 11
 Smith, Adam 129
 Sokrates 47, 47, 49, 51, 115
 Sontheimer, Kurt 124
 Sophokles 47
 Sperber, Jutta 238
 Spiegler, Thomas 183f., 187, 190,
 194
 Starck, Christian 13, 16, 24, 27
 Stry, Joachim 112
 Stasi, Bernard 85f.
 Staube, Jürgen 184f., 189
 Steinberg, Rudolf 81–86, 88f., 92,
 142
 Stinglhammer, Hermann 229
 Stöger, Karl 183, 193f.
 Stössel, Hendrik 11, 23
 Stüwe, Klaus 125

 Tanner, Klaus 124
 Thiel, Markus 18f., 74, 156, 162,
 172, 186, 189, 193
 Thomas von Aquin 39, 41, 50–52
 Thurn, John 185f., 188f., 192

 Uhle, Arndt 165

 Ulusoy, Betül 97, 98
 von Ungern-Sternberg, Antje 85
 Unruh, Peter 59, 72–75

 Vilain, Yoan 80f., 86–88, 92
 Vogt, Andreas 187, 189f.

 Wald, Berthold 48f.
 Waldhoff, Christian 210
 de Wall, Heinrich 83, 202
 Wallrabenstein, Astrid 183f.,
 187–189, 190, 190
 Weber, Helmut 50
 Weber, Max 123, 126, 128
 Wetter, Friedrich 219
 Weyers, Stefan 236
 Wick, Volker 92
 Wigger, Lothar 113
 Windelband, Wilhelm 19, 20
 Winkler, Markus 165, 189
 Wohlrapp, Harald 239
 Wolf, Ernst 39

 Yurdakul, Gökçe 83f., 86

 Zarathustra 246
 Zarnow, Christopher 11
 Ziegler, Janine 83–85
 Zierer, Klaus 105f., 116f.

Sachregister

Die kursiv gesetzten Seitenzahlen verweisen auf Fußnoten.

- Abschichtung 5, 30, 136, 156–169, 171–180
Abwägung 5, 24, 30, 33, 176, 178f., 185f., 188
Abwägungsmodell 5, 155, 157–167, 171f., 178, 180
Altes Testament *siehe* Bibel
Andachtsräume, Gebetsräume (in Schulen) 88, 205
Aufklärung
 geistesgeschichtliche 2, 7, 13f., 44, 207, 216
 schulische 4, 7, 131, 237, 242
- Bekenntnisfreiheit 1, 4, 17, 28, 30, 70, 174
Bekenntnisschule 64, 64, 68, 71f., 205, 207, 216–219
Berufsschulen 92, 226
Bibel 41, 203, 229
 Tora 43
 Altes Testament, Tenach 41f.
 Neues Testament 42f., 42, 47
Bildung 1f., 6, 11, 33, 63, 74, 113, 123, 129, 157, 215f., 238
 kulturelle 4, 227
 religiöse 74, 90, 201, 216f., 224f., 228f., 237f., 241–243, 241, 245, 247, 249
 schulische 1, 4, 74, 179, 190, 192, 209, 221, 224, 227, 237, 239, 241, 243
- Bildungs- und Kulturwerte (*siehe auch* Kultur) 21, 105, 206, 208–210, 218, 232
Bildungsadministration, -verwaltung 100, 105
Bildungsauftrag
 der Schule 7, 113, 156, 199, 209f., 228, 231, 238, 242
 des Staates 1, 3, 5, 12, 18, 61f., 128, 164f., 190, 194, 202
Bildungsfaktor(en) 69, 207f.
Bildungsinhalt, -gehalt 109f., 158, 161
Bildungsplan Baden-Württemberg 18, 22, 26
Bildungspolitik, bildungspolitisch 98, 100f., 117, 105, 211, 240
Bildungsstandards 98, 102, 102
Bildungssystem(e) 100, 125, 135f., 230
bildungstheoretisch 215, 224, 230, 244
Bildungswesen, -sektor, -bereich 101, 103, 215, 219f., 223, 230, 237
Bildungsziele 100, 104, 127f.
- Christentum, christlich 2–4, 7f., 13, 18, 21, 31, 39, 41, 50, 53f., 60, 62f., 68–71, 81, 91–93, 104f., 124–126, 129f., 136, 149, 159, 183, 203–210, 215–221, 223–228, 231, 236, 245, 246

- conscientia 41, 41, 43f., 50, 51, 51
 Demokratieerziehung 4, 131, 133, 242
 Dialog
 Dialogfähigkeit 238
 interreligiöser, interkultureller 46, 93
 in Unterricht und Pädagogik 116, 210, 244, 249
 Didaktik, didaktisch 99, 104, 108–112, 116f., 228, 240
 didaktische Analyse 108f.
 didaktische Transformation 108
 Didaktisches Dreieck 99, 104
 Diskriminierung, diskriminierend 15, 69, 71, 89, 118, 162
 Doppelgebot der Liebe 46, 208

 Elternrecht 4f., 30, 33, 65, 132, 159f., 162, 166, 171, 176f., 179f., 185, 189, 191, 194
 Erziehung 1, 5, 11, 18f., 26, 33, 68f., 71, 113–115, 127, 131, 158, 168, 173, 188, 191
 an der Schule 4, 17, 21, 30, 60, 74, 111, 114f., 118, 131, 133, 141, 157–159, 161, 164–168, 173, 230
 Erziehungsauftrag
 der Eltern 127, 159, 163, 169
 der Schule 6, 12, 105, 113, 155–157, 161–163, 165–167, 169
 des Staates 1–3, 5, 18, 30, 33f., 61f., 150, 156, 159–162, 164f., 167, 176, 180, 185, 190, 202
 Erziehungsrecht
 der Eltern 2, 5, 19, 33, 74, 131, 141, 155, 157f., 160, 164–167, 164, 178f., 188, 190f.
 des Staates 32, 34
 Erziehungsziele 7, 12, 19, 19, 64, 68f., 100, 104, 127, 131, 160–162

 Ethik 20, 48, 246
 Ethikunterricht 73, 209, 227, 237
 Europäische Menschenrechtskonvention 71, 85
 Evolutionstheorie, -lehre 159, 185

 Familie 8, 89, 124, 131–133, 135, 168, 187, 193, 216
 Freiheitlich-demokratische Grundordnung 105, 137, 200, 243
 Friedensvertrag von Osnabrück 13
 Fundamentalismus, Fundamentalisten 7, 186, 230f.

 Gebet 42, 93, 169, 227, 228f.
 Schulgebet 69f., 204f.
 Gebetsräume an Schulen *siehe* Andachtsräume
 Gemeinschaftsschule, christliche 21, 64, 68f., 72, 205–209, 217–220
 Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat (Frankreich) 81, 88
 Gesinnung 21, 26, 41, 44
 autoritäre 125
 freiheitliche demokratische 156
 Friedensgesinnung 104
 Gewissen 3, 11–14, 16–18, 21–23, 26, 29, 34, 39–54, 236, 243–249
 Vernunft-Gewissen 43, 49, 51, 53
 Gewissensbildung 5, 12, 17f., 17, 22, 27, 33
 Gewissensbildungsfreiheit 17, 18, 22, 33
 Gewissensentscheidung 3, 11f., 17, 22–35, 45, 51, 54
 Gewissensfreiheit 3f., 12–17, 22–34, 80, 82, 94, 166–168, 174–177
 Gewissenskonflikt 12, 32
 Gewissensnot 23f., 26, 31, 34, 45, 166f.
 Gewissenspflicht, -zwang 12, 24

- Glaubensfreiheit 1, 4, 7, 13–15, 29–32, 60, 68, 149f., 157, 164, 164, 166, 176, 178, 185
 Gott, göttlich 19, 20, 41–43, 41, 46, 47, 47, 49f., 51, 52–54, 52, 68, 104, 129, 228, 235f., 241f., 246–248, 246
 Ehrfurcht vor Gott 68, 104, 156
 Gottesbezug 47, 49, 54, 235f., 243f.
 Gottesebenbildlichkeit 50
 Gottesdienst 13, 82, 93, 223
 Schulgottesdienst 34, 204f., 228
 Grundrecht, grundrechtsdogmatisch 1–3, 5, 11, 15, 17f., 20, 22, 25, 27f., 27, 29–33, 39, 63, 65, 67, 72, 74, 104, 145–147, 155, 157, 161–168, 172–174, 176–178, 180, 186, 188, 191, 201, 205, 207
 verfassungsimmanente Schranken 1, 15, 15, 22, 27f., 32, 33, 34, 179, 186, 188, 190f., 194
 Grundrechtseingriff 5, 145–147, 165, 171f., 174, 178
 Grundrechtsträger 2, 25, 28, 29, 32, 145, 148, 160, 173f.
 Grundschule 64, 82, 92f., 93, 192f., 206
 Gymnasium 82, 92, 93, 98, 102, 187

 Hauptschule 206, 218
 Hausunterricht *siehe* Homeschooling
 Hochschule 85, 200, 223
 Holocaust 111
 Homeschooling 6, 22, 26, 183–194

 Identität des Menschen, der Person 3, 11f., 14, 24, 26, 39–43, 47, 50, 52–54, 176
 Identitätsbeeinträchtigung, Identitätsproblem 30, 79, 167f., 176
 Identitätsbildung 5, 221
 Inklusion 117
 Integration, gesellschaftliche 3, 7, 34, 79, 89, 142f., 210
 Integrationsfunktion der Schule 1–3, 34, 61, 75, 149, 156, 179, 179, 186, 186, 187, 192, 209, 238
 Islam, islamisch 4, 7f., 85, 88f., 93, 97f., 142f., 145, 169, 203, 210, 211, 226, 231, 236f., 239–249 (*siehe auch* Muslim, muslimisch)

 Judentum, jüdisch 39, 41f., 53, 80f., 81, 85, 92f., 129, 203, 210, 236, 245, 246

 K3W-Modell (Pädagogik) 116f.
 Katechese 93, 136, 220f.
 Kindergarten, Kindertagesstätte 102, 131f., 223
 Kindeswohl 33f., 188, 190–192
 Kindeswohlvorbehalt 173
 Kippa 85, 210
 Kirche, kirchlich 3, 6f., 14, 28, 60, 62, 63, 80–82, 93, 94, 101, 124f., 130, 136f., 187, 200, 203f., 208f., 208, 215–217, 219–226, 228, 231
 römisch-katholische Kirche 4, 81, 81, 89, 92, 202, 204, 218, 231
 evangelische, protestantische Kirchen 80f., 92, 93, 202–204, 218
 Trennung von Staat und Kirche 60, 81, 87f., 93, 149f., 202
 kirchliche Schulen, Konfessionsschulen 218f., 223
 Konkordanz 5, 25, 32f., 158, 163, 165, 178f.

- Konkordanzmodell 171, 171,
178, 180
- Konkordat (Frankreich) 81, 92,
92
- Kopftuch 2, 4f., 8, 32, 83–86, 88,
97, 141–148, 151, 169, 199, 210
- Koran 98, 245, 246, 247f., 247,
248
- Krankenhaus 82, 89, 200
- Kreuz, Kruzifix 69–71, 85, 205,
205, 217, 226
- Kruzifix *siehe* Kreuz
- Kultur- und Bildungsfaktor (*siehe*
auch Bildung) 69, 207
- Kultur, kulturell 2, 6f., 19, 46, 68,
70, 82, 90f., 100, 102f., 105, 123,
129f., 132–134, 165, 207, 209f.,
215f., 222, 225–227, 232, 237,
239f., 243f., 248f.
- Kulturen 22, 46, 126, 231, 248
- Kulturgeschichte, kulturhistorisch
7, 226f., 229, 243
- Kulturhermeneutik, kulturherme-
neutisch 225f., 227, 231
- Kulturhoheit 190
- Kulturkampf 3, 62f.
- kulturkritisch 237f.
- Kulturpolitik, kulturpolitisch 5,
145
- Laizität 4, 79–94, 235
- Lehrplan 90, 92, 100f., 102, 104,
110, 113, 128, 222, 227, 241
- LER (‘Lebensgestaltung-Ethik-
Religionskunde’, Schulfach in
Berlin) *siehe* Ethikunterricht
- Marchtaler Plan 219, 223
- Menschenbild 60, 148, 223
- Menschenrechte 19, 236
Erklärung der Menschen- und
Bürgerrechte 80f.
- Menschenwürde 17, 19, 60, 66,
104, 160, 175, 243
- Missbrauchsskandale 224
- Mission, missionarisch 68f., 84,
93, 98, 118, 160, 220
- Mittelalter, mittelalterlich 40, 50,
51, 62, 216
- multikulturell 168, 229, 237,
244f.
- Muslim, muslimisch 8, 12, 82,
85, 91, 93, 93, 141–143, 179,
187, 199, 204, 235–239, 241–
243, 245, 247, 248f. (*siehe auch*
Islam, islamisch)
- Nationalsozialismus, nationalso-
zialistisch 123f., 217
- Naturrecht 20, 20, 50, 52
- Neues Testament *siehe* Bibel
- Neutralität
Begründungsneutralität 5, 136,
161f., 162, 165, 168, 171, 174–
178
Meinungsneutralität 174
Wirkungsneutralität 171
- Neutralität des Staates, Neutrali-
tätspflicht des Staates 5, 15, 16,
71, 74, 104, 126f., 131, 135f.,
141, 143, 155–157, 162, 167,
169, 172, 175, 178, 199, 201,
205
der Beamten 80
der Lehrkräfte 97f., 103, 104,
110
der Schule und des Unterrichts
5, 101, 103, 110, 117f., 164,
169, 206
des Gesetzgebers 150
religiöse und weltanschauliche
14, 59–61, 66–69, 70, 75, 94,
147–151, 164, 199, 207, 236
- Pädagogik 1, 20, 116f., 223
- Parallelgesellschaft 2, 8, 186–
188, 193
- Parlamentarischer Rat 3, 64, 67

- Paulskirchenverfassung 14, 65, 189
 Persönlichkeit 1, 12, 14, 23–26, 34, 40f., 133f., 143, 147–150, 158f.
 Persönlichkeitsbildung, -entwicklung 1f., 11, 69, 114, 156, 159, 168
 Persönlichkeitsentfaltung 60
 Philosophie, philosophisch 7, 16, 43f., 48, 80, 89, 91, 93
 Philosophieunterricht 90, 227f.
 Pluralismus, Pluralität, Pluralisierung, plurale Gesellschaft 6, 8, 60f., 66, 81, 126, 128f., 131, 136, 149, 155, 157, 160f., 167–169, 199, 203, 210, 220, 230f., 237, 241, 244, 246, 249
 Polizei, Polizeirecht 146f., 192, 200
 Polygamie 22
 Preußen 13, 13
 Preußische Verfassung von 1850 3, 62, 65
 Preußisches Allgemeines Landrecht 14, 62
 Privatschule 18, 65f., 186f., 186, 192f., 219
 Privatschulfreiheit 12
 Privatunterricht 64
 Protestantismus 137

 Reformation 210, 216, 226
 Reichsdeputationshauptschluss 62
 Religionsfreiheit 1–3, 5, 11–17, 27f., 29, 30, 31f., 32, 34, 71, 74, 80, 136, 144–147, 173, 177, 199–201, 203, 208, 210f., 217, 246
 Religionsgemeinschaft 6, 8, 14, 28, 31, 60, 72–75, 80, 82, 92, 137, 148f., 201–203, 206, 211, 211, 219, 231f., 235, 237, 248f.
 Religionspädagogik 93, 223, 245
 Religionsunterricht 6f., 59, 63–65, 69–75, 82, 91–93, 136f., 141, 185, 199, 201–206, 208–210, 216f., 220f., 223f., 226–231, 235, 237, 241, 249

 Säkularisierung 3, 62, 125, 130, 217, 219
 Schulaufsicht
 geistliche, kirchliche (historisch) 3, 63
 staatliche 3, 33, 35, 63, 65f., 110f., 150, 216
 Schulbücher 101, 110f.
 Schulfrieden 84, 87, 104, 150, 211
 Schulhoheit der Länder 67, 190
 Schulmonopol, staatliches 64, 66
 Schulpastoral (*siehe auch* Seelsorge) 221–224, 229
 Schulpflicht 2f., 6, 21, 64, 184–186, 188f., 190–194, 216
 Schwimmunterricht 12, 131, 163, 165, 179
 Seelsorge, Seelsorger 82, 203, 238
 Schulseelsorge (*siehe auch* Schulpastoral) 204f.
 Selbstbestimmung 60, 143f., 148
 Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften 74f.
 Selbstverständnis 8, 24, 28, 28, 29, 31, 32, 145, 229, 241, 249
 Sexualerziehung 18, 158
 Sexualkunde 12, 83, 99, 185
 sexuelle Orientierung 22, 133
 sexuelle Vielfalt 18, 22, 26
 Simultanschule 64, 206f., 219
 Sportunterricht 83f., 163
 Staatskirchenrecht, staatskirchenrechtlich 59, 63, 65, 80, 218
 Trennung von Staat und Kirche 60, 81, 87f., 93, 149f., 202
 Subsidiaritätsprinzip 131

- Tod 47, 52, 227, 229
 Toleranz, Toleranzgebot 13, 22, 46, 69, 117, 149, 158, 160, 164, 186, 208, 230, 253
 Tora *siehe* Bibel
 Tragödie, griechische 45f.
- Universität 88, 90, 93, 125, 230
 Unterrichtsqualität 99, 105, 107
- Vernunft, vernünftig (Philosophie) 19, 20, 43, 44, 47, 49, 50–52, 126, 231, 248
 Volksschule 206, 208
- Wächteramt, staatliches 192, 230
 Weimarer Reichsverfassung 3, 14f., 59, 63–65, 124, 189
 Weimarer Republik 64, 219
 Weimarer Schulkompromisse 64f., 72
 Weltanschauung 29, 29, 60, 69, 71, 100, 125, 149, 186, 200, 246, 248
- Weltanschauungsfreiheit 2, 4, 28, 28
 Weltanschauungsgemeinschaften 60, 65, 74, 148
 Weltanschauungsschulen 72
 Werte
 Tyrannei der Werte 20
 Werteerziehung 3, 19, 21, 21, 127, 130, 133f., 208
 Werteordnung 16, 19, 21, 124, 201
 Werteorientierung 104, 127f.
 Wertevermittlung 75, 126f., 133, 183, 209
 Wertgebundenheit des Unterrichts 98, 117
 Westfälischer Friede 13, 62
 Wiener Kongress 62
 Würde des Menschen *siehe* Menschenwürde
 Würzburger Synode 220f., 224, 226–229, 231
- Zivilreligion 130, 135–137

Entscheidungsverzeichnis

Die Fundstellen der Entscheidungen sind in diesem Verzeichnis angelehnt an die Nachweise der Beiträge im vorliegenden Band.

Bundesverfassungsgericht

- Beschluss* vom 20.12.1960, BVerfGE Bd. 12, S. 45–61 – „Kriegsdienstverweigerung“ 16, 23f., 45, 166
- Beschluss* vom 28.04.1965, BVerfGE Bd. 19, S. 1–16 – „Neuapostolische Kirche“ 60
- Urteil* vom 14.12.1965, BVerfGE Bd. 19, S. 206–226 – „Kirchenbausteuer“ 15f., 60, 156
- Beschluss* vom 16.10.1968, BVerfGE Bd. 24, S. 236–252 – „Rumpelkammer“ 15, 27, 60, 145
- Beschluss* vom 14.11.1969, BVerfGE Bd. 27, S. 195–211 – „Privatschulen“ 66
- Beschluss* vom 31.03.1971, BVerfGE Bd. 30, S. 415–428 – „Kirchensteuerpflicht“ 60
- Beschluss* vom 19.10.1971, BVerfGE Bd. 32, S. 98–111 – „Gesundbeter“ 15, 31, 145
- Beschluss* vom 11.04.1972, BVerfGE Bd. 33, S. 23–42 – „Zeugeneid“ 15, 31, 60, 174
- Urteil* vom 06.12.1972, BVerfGE Bd. 34, S. 165–200 – „Förderstufe“ 157f., 189
- Beschluss* vom 17.12.1975, BVerfGE Bd. 41, S. 29–64 – „Simultanschule“ 31, 60, 66, 68f., 189, 206, 207
- Beschluss* vom 17.12.1975, BVerfGE Bd. 41, S. 65–88 – „Gemeinsame Schule“ 68f.
- Beschluss* vom 17.12.1975, BVerfGE Bd. 41, S. 88–121 – „Gemeinschaftsschule“ 68
- Beschluss* vom 21.12.1977, BVerfGE Bd. 47, S. 46–85 – „Sexualkundeunterricht“ 66, 157f., 189
- Beschluss* vom 16.10.1979, BVerfGE Bd. 52, S. 223–255 – „Schulgebet“ 66, 69f., 189, 204

- Urteil* vom 09.02.1982, BVerfGE Bd. 59, S. 360–392 – „Schülerberater“ 190
- Beschluss* vom 17.02.1982, BVerfGE Bd. 60, S. 79–95 – „Sorgerechtsentzug“ 188
- Urteil* vom 11.11.1986, BVerfGE Bd. 73, S. 206–261 – „Mutlangen“ 173
- Beschluss* vom 25.02.1987, BVerfGE Bd. 74, S. 244–256 – „Religionsunterricht“ 72, 74f., 202f., 209
- Beschluss* vom 25.10.1988, BVerfGE Bd. 79, S. 69–79 – „Eidespflicht“ 31
- Beschluss* vom 16.05.1995, BVerfGE Bd. 93, S. 1–37 – „Kruzifix“ 18, 59, 60, 66, 68–71, 160, 189, 204f.
- Beschluss* vom 08.10.1997, BVerfGE Bd. 96, S. 288–315 – „Integrative Beschulung“ 157
- Urteil* vom 14.07.1998, BVerfGE Bd. 98, S. 218–264 – „Rechtsschreibreform“ 157f.
- Urteil* vom 19.12.2000, BVerfGE Bd. 102, S. 370–400 – „Zeugen Jehovas“ 59
- Beschluss* vom 11.12.2001, BVerfGE Bd. 104, S. 305–310 – „LERSchlichtungsvorschlag“ 73
- Beschluss* vom 26.06.2002, BVerfGE Bd. 105, S. 279–312 – „Osho-Bewegung“ 59
- Beschluss* vom 31.10.2002, BVerfGE Bd. 106, S. 210–215 – „LERS-Verfahrenseinstellung“ 73
- Nichtannahmebeschluss* vom 29.04.2003, BVerfGE Bd. 1, S. 141–145 – „Grundschulpflicht“ 185f., 192f.
- Urteil* vom 24.09.2003, BVerfGE Bd. 108, S. 282–340 – „Kopftuch“ 59–61, 66, 69, 145–150, 169, 201
- Kammerbeschluss* vom 08.12.2005, NJW 59 (2006), S. 1723–1724 – „Sorgerechtsübertragung“ 188
- Nichtannahmebeschluss* vom 31.05.2006, BVerfGE Bd. 8, S. 151–158 – „Schulpflicht“ 185f., 192
- Nichtannahmebeschluss* vom 25.01.2007, NJW 60 (2007), S. 1865–1869 – „Gefängnisseelsorger“ 35
- Beschluss* vom 04.11.2009, BVerfGE Bd. 124, S. 300–347 – „Wunsiedel“ 174
- Kammerbeschluss* vom 29.01.2010, NJW 63 (2010), S. 2333–2336 – „Kindeswohlgefährdung“ 188
- Nichtannahmebeschluss* vom 15.10.2014, NJW 68 (2015), S. 44–48 – „Schulpflicht – landesrechtliche Strafnorm“ 185f., 190
- Beschluss* vom 22.10.2014, BVerfGE Bd. 137, S. 273–345 – „Katholischer Chefarzt“ 201

- Beschluss* vom 27.01.2015, BVerfGE Bd. 138, S. 296–376 – „Kopftuchverbot“ 27, 35, 59–61, 66, 68f., 145, 148, 150, 169, 201, 207,
Kammerbeschluss* vom 18.10.2016, NJW 70 (2017), S. 381–386 – „Kopftuch einer Erzieherin“ 200f.
Nichtannahmebeschluss* vom 08.11.2016, NVwZ 36 (2017), S. 227–228 – „Schwimmunterricht“ 169

Bundesverwaltungsgericht

- Beschluss* vom 28.12.1957, BVerwGE Bd. 6, S. 101–105 – „Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde“ 66
Urteil* vom 03.10.1958, BVerwGE Bd. 7, S. 242–250 – „Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen“ 23
Urteil* vom 31.01.1964, BVerwGE Bd. 18, S. 38–40 – „Schulaufsicht“ 66
Urteil* vom 06.07.1973, BVerwGE Bd. 42, S. 346–353 – „Versetzungserheblichkeit des Religionsunterrichts“ 74
Urteil* vom 15.11.1974, BVerwGE Bd. 47, S. 201–209 – „Fünf-Tage-Woche“ 66
Urteil* vom 01.02.1989, BVerwGE Bd. 81, S. 239–241 – „Gewissensentscheidung“ 24
Beschluss* vom 15.11.1991, DVBl 107 (1992), S. 1024–1025 – „Vereinbarkeit Schulpflicht mit elterlichem Erziehungsrecht“ 184f.
Urteil* vom 25.08.1993, BVerwGE Bd. 94, S. 82–94 – „Koedukativer Sportunterricht“ 163, 179
Urteil* vom 17.06.1998, BVerwGE Bd. 107, S. 75–95 – „Ethikunterricht“ 18
Urteil* vom 21.04.1999, BVerwGE Bd. 109, S. 40–59 – „Kruzifixe in Volksschulen“ 71, 201, 204f.
Urteil* vom 23.02.2000, BVerwGE Bd. 110, S. 326–344 – „Islamischer Religionsunterricht in Berlin“ 73
Urteil* vom 23.11.2000, BVerwGE Bd. 112, S. 227–236 – „Schächtgebot“ 15
Urteil* vom 23.02.2005, BVerwGE Bd. 123, S. 49–75 – „Islamische Dachverbände“ 75
Beschluss* vom 15.10.2009, NVwZ 29 (2010), S. 525–526 – „Schulische Anwesenheitspflicht“ 185f.
Urteil* vom 30.11.2011, BVerwGE Bd. 141, S. 223–243 – „Gebet in der Schule“ 169
Urteil* vom 11.09.2013, BVerwGE Bd. 147, S. 362–379 – „Burkini“ 16, 32, 61, 127f., 164f., 177–179
Urteil* vom 11.09.2013, NJW 67 (2014), S. 804–809 – „Krabat“ 12, 16, 32–34, 128, 164f., 168, 177–179

Urteil* vom 16.04.2014, NVwZ 33 (2014), S. 1163–1165 – „Ethikunterricht
Grundschule“ 209